

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3gepalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Vren.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian PLAD, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Erhöhte Streikunterstützung.

Vom 1. Oktober 1924 an treten erhöhte Streikunterstützungssätze in Kraft. Je nach der Dauer der Mitgliedschaft und nach der Höhe der geleisteten Beiträge kommen vom vierten Streiktag an folgende Sätze pro Woche zur Auszahlung:

Zahl der Beiträge	20 Pf. Beitrag	30 Pf. Beitrag	40 Pf. Beitrag	50 Pf. Beitrag	60 Pf. Beitrag
13 bis 26	1,80	2,70	3,60	4,50	5,40
26 bis 52	2,70	4,05	5,40	6,75	8,10
über 52	3,60	5,40	7,20	9,—	10,80
Zuschlag für die Frau und jedes Kind pro Woche	0,30	0,45	0,60	0,75	0,90

Zahl der Beiträge	70 Pf. Beitrag	80 Pf. Beitrag	100 Pf. Beitrag	120 Pf. Beitrag	140 Pf. Beitrag
13 bis 26	6,30	7,20	9,—	10,80	12,60
26 bis 52	9,45	10,80	13,50	16,20	18,90
über 52	12,60	14,40	18,—	21,60	25,20
Zuschlag für die Frau und jedes Kind pro Woche	1,05	1,20	1,40	1,80	2,10

Außer der Erhöhung der Unterstützungssätze tritt nunmehr eine Verbesserung auch dadurch ein, daß die Unterstützung jetzt vom 4. Streiktag an gezahlt wird. Die Karenzzeit von 4 Wochen beim Übergang aus einer niederen Unterstützungsstufe in eine höhere bleibt vorläufig bestehen.

Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Inflation und Wirtschaftskrise hatten die Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen schwer beeinträchtigt. Einmal zerrann den Verbänden ihr Kassenbestand in nichts, während zu gleicher Zeit die Einnahmen aus Beiträgen auf dem Wege von der Zahlstelle bis zur Hauptkasse zu wertlosem Papier wurden. Zum anderen konnte und kann die durch die Krise erwerbslos gewordene Mitgliedschaft keine Beiträge abführen, was die finanzielle Gesundheit selbstverständlich erschwerte. Immerhin ist die größte Gefahr für die Gewerkschaften, die Inflation, hoffentlich für alle Zeiten vorüber, und eine allmähliche Besserung der Kassenverhältnisse macht sich bemerkbar, seit die Zahlstellen mehr und mehr dazu übergehen, ihre Beiträge auf eine Höhe zu bringen, die gestattet — wenn auch noch mit großer Vorsicht — die Leistungen des Verbandes an die Mitglieder etwas zu verbessern. Wenn die Beitragsleistung eine weitere Gesundung erfährt, dann besteht jedenfalls zunächst keine Gefahr, Unterstützungsätze und Karenzzeit noch einmal nach rückwärts zu revidieren. Allerdings ist Voraussetzung pünktliche Beitragskassierung und Beitragszahlung, Einsendung der verfügbaren Geldbeträge an die Hauptkasse in nicht zu langen Abständen, und pünktliche Vierteljahrsabrechnung. Eine andere ebenso wichtige Vorbedingung für die Gesundung der Finanzen wie überhaupt des Verbandes ist die Unterordnung der Mitgliedschaften unter die Bestimmungen ihres Verbandsstatuts, damit der Hauptvorstand in der Lage ist, sicher disponieren zu können und den Verband vor schweren, die Gesamtmitgliedschaft schädigenden Erschütterungen zu bewahren. Häufig der Hauptvorstand den Parolen fremder Körperschaften stets Rechnung getragen, statt sich vom Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein leiten zu lassen, dann wäre der Verband heute ein wüster Trümmerhaufen. Statt dessen sehen wir eine, wenn auch langsam fortschreitende Aufwärtsentwicklung, die noch mehr in Erscheinung treten wird, wenn die ungeheure Arbeitslosigkeit nachläßt.

Was ist der Verband? Eine Vielheit von Mitgliedern. Was kann der Verband leisten? Nur das, was die Mitgliedschaft selbst leistet. Sagt jemand, der Verband laugt nichts, so kann er damit nur die Gesamtmitgliedschaft meinen, denn sie ist der Verband. Leistet z. B. die Mitgliedschaft niedrige und pro Quartal eine zu geringe Zahl Beiträge, dann kann die Gegenleistung an die Mitglieder nur entsprechend sein. Wenn ich in eine Kasse nur wenig oder nichts hineinlege, so kann ich auch nur wenig oder nichts herausnehmen. Obwohl die Mitgliedschaft weiß, daß sie ohne Organisation der Willkür der Unternehmer ausgesetzt ist, obwohl sie weiß, daß sie ohne Verband nicht mehr sein kann, obwohl sie weiß, daß die Organisation der wichtigste Selbstschutz der Arbeiter ist, obwohl sie weiß, daß eine mittellose Organisation nicht kämpfen kann, sind sonderbarerweise sehr viele Mitglieder immer bestrebt, den Verbandsbeitrag möglichst niedrig zu halten. Dieser Standpunkt ist heute noch genau so falsch wie vor Jahrzehnten. Es sei nur erinnert an das Vorgehen der Unternehmer, als mit Hilfe der Inflation die Gewerkschaftskassen geleert, die Gewerkschaften selbst völlig erschöpft waren. Der Angriff der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft erfolgte auf der ganzen Linie, weil sie glaubten, Gegenwehr nicht mehr fürchten zu müssen. Sie schlußfolgerten: Erstens sind die Gewerkschaftskassen leer, die Verbände können also einen Abwehrkampf nicht aufnehmen, oder zweitens, die

Verbände verfügen nur über ganz geringe Mittel. Die gezahlten Unterstützungen ermöglichen keine lange Dauer des Kampfes, die Arbeiter müssen eine Niederlage erleiden. Diese Schlußfolgerungen sind logisch. Aus den Darlegungen ergibt sich aber auch die Tatsache, daß die Unternehmer den umfassenden Vorstoß nicht gewagt hätten, bei gefüllten Gewerkschaftskassen. Aus dieser Erkenntnis haben wir die einzig mögliche Lehre zu ziehen: **Stärke der Verbandsfinanzen.** Unser Ziel muß also sein, den Unternehmern schon durch unsere finanzielle Stärke zu imponieren, ihre Kampfeslust, ihren Angriffsgeist zu dämpfen. Dieses Ziel zu erreichen liegt im Interesse der Mitglieder und darüber hinaus der Arbeiterschaft überhaupt. Es kann aber nur erreicht werden, wenn jedes einzelne Mitglied — welches dazu in der Lage ist — seine volle Verbandspflicht erfüllt durch pünktliche Beitragszahlung und durch Einwirkung im gleichen Sinne auf andere.

Der Wahn ist kurz die Neue lang

größte gewerkschaftliche Irrtum ist der, mit niedrigen Beiträgen könnten bessere agitatorische Erfolge erzielt werden, als mit hohen. Dieser

hat sich stets als ein solcher erwiesen, denn niedrige Beiträge heben nicht die Qualität, d. h. die Leistungsfähigkeit des Verbandes. Das

eine alte Erfahrung. Agitatorisch wirken an sich schon Leistungsfähigkeit und Schlagkraft der Organisation, die nur durch höhere Mitgliedsbeiträge erreicht werden. In dieser Erkenntnis liegt

gesagt das Geheimnis der organisatorischen Anziehungskraft auf die Unorganisierten. Mitglieder,

auf dem Standpunkt stehen, der niedrigste Beitrag sei der zweckentsprechendste, werden zu spät ihren Irrtum einsehen. Mit dem Unterstützungsfall tritt bei ihnen regelmäßig die

ein über den bisher eingenommenen Standpunkt. Niedrige Beiträge bedingen niedrige Unterstützungsätze. Damit kann aber niemand allzu

eine Familie über Wasser halten. Deshalb Sorge jedes Mitglied beizeiten dafür, daß es Anspruch auf höhere Unterstützungsätze hat.

Wer sich die nebenstehenden Unterstützungsätze einmal vergleichend ansieht, der sieht, wie Leistung und Gegenleistung bedingt sind. Daß jedes Mitglied lieber eine höhere Unterstützung bezieht als eine recht niedrige, steht fest. Jammern wenn der Unterstützungsfall eintritt, wollen die Bezieher in eine höhere Klasse übergehen. Leider ist es dann für den gegebenen Fall in der Regel zu spät, auch in den Genuss der höheren Unterstützung zu kommen. Deshalb soll niemand warten, sich höher zu versichern oder überhaupt erst zu versichern, wenn das Haus brennt, sondern heute oder morgen, jedenfalls ohne Aufschub. Gar mancher, der glaubte, Unterstützung nie in Anspruch nehmen zu müssen, wurde ganz unerwartet eines anderen belehrt. Wir sollen überhaupt bestrebt sein, unser Unterstützungsweesen wieder gut auszubauen. Die Not unserer Mitglieder in den letzten Jahren und die an den Verband ergangenen Hilferufe weisen folgerichtig darauf hin. Es ist für eine Organisationsleitung niederdrückend, wenn sie helfen soll, aber nicht helfen kann. Mitgliedschaften und Zahlstellenleitungen sollen deshalb ungefümt die Frage der Beitragshöhe einer Prüfung unterziehen. Sie sollen sich hierbei stets leiten lassen von Worten der Verkünd in Schillers „Wilhelm Tell“: **Der klinge Mann baut vor.** Bauen wir also vor, stärken wir den Verband finanziell, damit er seinen Mitgliedern den Schutz gewähren kann, der sie vor der schmerzhaften Not und vor Demütigungen bewahrt. Je höher die Beiträge, desto höher die Unterstützungsätze. Je stärker die Verbandsfinanzen, desto höher die Kampfkraft des Verbandes. Eine leere Verbandskasse schreckt keinen kampflustigen Unternehmer. Der Schmarfacher hat nur vor einer finanziell gutgerüsteten Organisation Respekt. Diese feststehenden Wahrheiten müssen unsere Mitglieder beachten und entsprechend handeln.

Umstellung der Geister.

Unser Verband befindet sich, wie alle gewerkschaftlichen Organisationen, in einer Krise. Seit Monaten werden viele Mitglieder von einer großen Erwerbslosigkeit heimgesucht, müssen ungezählte Arbeiterfamilien mit unzureichenden Unterstützungen oder Arbeitseinkommen ihr Dasein fristen. Das Unternehmertum, dem diese Zustände für bestimmte Ziele erwünscht sind, nutzt die Zeit. Durch jahrelange Vorbereitungen gerüstet, hefte es seine Angriffe gegen die unerwünschten nachkriegszeitlichen Errungenschaften der Arbeiterschaft verschärft fort. Jetzt oder nie, lautet die Parole, um den Achtstundentag, die Tarifverträge mit allen ihren für die Arbeiterschaft günstig wirkenden Bestimmungen, die zahlreichen sozialpolitischen und auf arbeitsrechtlichem Gebiet liegenden Fortschritte und die bescheidene Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Wirtschaftsführung in Betriebsvertretungen, im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in den Außenhandelsstellen und anderen, die Allgemeininteressen wahrnehmenden öffentlichen Körperschaften zu beseitigen. Die Angriffe des Unternehmertums konnten, im ganzen betrachtet, abgelenkt werden. Seine Angriffslust wäre trotz der großen Erwerbslosigkeit und der Schwächung der Gewerkschaften durch die Geldinflation, nicht so groß geworden, wenn nicht ungezählte Scharen von Arbeitnehmern bewußt oder unbewußt ihm Hilfe geleistet hätten. Statt nun erst recht zusammenzustoßen und gemeinsam mit den örtlichen und bezirklichen Organisationsleitungen zu versuchen, über die schwierigen Zeiten hinwegzukommen, ergingen sich viele Gewerkschaftsmitglieder in wüsten Schimpereien über diejenigen, die oftmals Tag und Nacht für sie tätig waren und die die menschenmöglichsten Anstrengungen machten, um die Not zu bannen. In wie weit die Parolen Moskaus an dieser Umstellung der Gedankengänge weiter Schichten Schuld tragen, soll hier unberücksichtigt bleiben. Sicher ist, daß in diesem Umschwung der Meinungen innerhalb einer so kurz Zeit ein Gärungsprozess zum Ausdruck kommt, der zeigt, wie wenig die Massen in die sozialistischen Ideen bisher eingedrungen sind. Zudem war die Not, besonders im letzten Jahre, so groß, daß die in der Nachkriegszeit zu uns gekommenen Arbeiter und Arbeiterinnen die wahren Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht erkennen konnten. Der von Jugend an anerzogene und durch die bürgerliche Presse systematisch verbreitete Untertanengeist und das durch die Privatwirtschaft entstandene Abhängigkeitsgefühl, das sich besonders in Zeiten schärfster wirtschaftlicher Konzentration bemerkbar macht, sperrten den Blick für das Gegebene. Infolgedessen wurden nicht die kapitalistische Wirtschaft und ihre schädliche Einflußnahme und Auswirkung auf die Politik und Staatsmaschinerie mit Massenelend, Hunger und wirtschaftlichen und seelischen Vöter aller Art im Gefolge als Ursache erkannt und bekämpft, sondern es wurde irrtümlicherweise ein Verstoß der Gewerkschaften festgestellt. Die gewerkschaftlichen Organisationen wurden, und werden auch heute noch, nicht als ein lebendiger, auf das Zusammenwirken aller seiner Glieder angewiesener Körper betrachtet, der nur funktioniert, wenn alles ineinandergreift, vielmehr als ein mechanisches, selbsttätiges Instrument angesehen und behandelt. Und darin liegt des Übels Kern. Auf die dieses Instrument handhabenden Menschen, die Verbandsfunktionäre in allen Stellen, fielen deshalb auch die Vorwürfe hageldicht, als sich die Wirtschaft aufzuheben schien. Bei gründlicher Beobachtung der gewerkschaftlichen Wirkjamkeit in den verflochtenen 4-5 Jahren wären die Massen zu anderen Ergebnissen gelangt, wenn sie dieses Zusammenwirken der gesamten Mitgliedschaft mit den Verbandsfunktionären und Führern klar erkannt hätten. Sonst mußten ja die Vorwürfe, die oftmals leichtfertig nach oben gerichtet wurden, auf sie zurückfallen, da mit der Beschimpfung der Organisation sie sich selbst trafen. Die Führer der Gewerkschaften, die kleinen wie die großen, sind nicht Leiter im alten Untertanengeist. Sie gelten nur als Beauftragte und Willensvollstreckter im demokratischen Sinne, allerdings mit der Einschränkung, daß ihrer Tätigkeit und Erfolgsmöglichkeit Grenzen gesetzt sind, die sich aus den wirtschaftlichen, organisatorischen und Rechtsverhältnissen ergeben. Sie sind wie alle Mitglieder nur Glieder eines Ganzen, beschränkt durch natürliche Grenzen, besonders auch durch die geistige Einstellung der Mitgliedschaften. Verjagt ein Glied, oder sind, wie es in der Nachkriegszeit wurde, die Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Wirksamkeit zumangunst der Arbeiterschaft andere geworden, dann kann es nicht mehr so „klappen“. Das zeigte sich innerhalb der Gewerkschaften in den letzten Jahren. Revolutionäre Begeisterung am 9. November 1918, Zustimmung zu den Gewerkschaften, eine Unmenge Lohnbewegungen und solche zur Verbesserung der übrigen Arbeitsbedingungen, Anspruch auf und Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und auf die Wirtschaftsführung, dann Rückschläge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet durch untragbare Friedensbedingungen und außenpolitischen Druck, aber auch Verjagen der Massen bei Abgabe des die Politik bestimmenden Stimmgabels, Mißmut, Opferliche, Vorwürfe, Schimpfen,

Austritt aus den Gewerkschaften und dann, als das Unternehmertum die Faust erhob, Hasenpanik, Kriechen und Indifferentismus wie früher. In jeder dieser Stappen lassen sich die alten, untertanen, unterwürfigen, unselbständigen und im kritischen Vermögen unfertigen Menschen erkennen, die zeitweise entseelt waren, sich aber ziel- und planlos zeigten. Die Rückkehr zu vorkriegszeitlichen Gewohnheiten war die notwendige Folge. Es fehlte überall an gefestigtem, überzeugtem, disziplinierten Mitgliedertum, die gewillt gewesen wären, zielicher und planmäßig die Aufgaben der bis dahin unterdrückten Klasse zu lösen. Die wirtschaftlichen Zustände der letzten Jahre haben diese Entwicklung sehr begünstigt. Wir wollen hoffen, daß solche Verhältnisse nicht wiederkehren. Die Auslöser sind vorhanden, daß nunmehr nach Annahme des Ergebnisses der Londoner Verhandlungen eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eintritt, die die Voraussetzung für den Wiederaufbau und Ausbau unseres Verbandes ist. Unsere Aufgaben sind nicht kleiner und geringer geworden. Auf organisatorischem Gebiete finden wir Arbeit vor, die nur unter Aufsicht aller verfügbaren Kräfte bewältigt werden kann. Ein Massenauflauf an Mitgliedern ist nicht zu erwarten, ist aber im Interesse der Festigung unseres Verbandes auch nicht erwünscht. Schrittweiser Aufstieg der Mitgliederzahl bei planmäßiger Schulung der Gewonnenen schafft die festen Grundlagen für eine gute Organisation. Den zum Verbandsrückkommen behilflich zu sein, sich von der bürgerlichen Ideologie frei zu machen, ihnen die Wege zu zeigen, die zur sozialistischen Weltanschauung führen, und sie so zu zuverlässigen, disziplinierten und in allen Lagen fest- und standhaft bleibenden Mitstreitern für unsere Sache zu gewinnen, muß unsere Hauptaufgabe sein. Die Tätigkeit zur Verbesserung und Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen darf selbstverständlich nicht vernachlässigt werden, zumal manches vorübergehend Verlorengegangene wiedergeholt, Neues erreicht werden muß. Jedoch wird diese Arbeit bedeutend erleichtert in dem Maße, wie es gelingt, durch Umstellung der Denkhaltung der Massen das Machtverhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft mehr und mehr zugunsten der bisher Ausgebeuteten und Unterdrückten zu beeinflussen.

Heinrich Treichel, Andernach.

@@@ Aus der Industrie @@@

Papier-Industrie

Der Sonderarbeitsamt-Skandal.

Die Papierarbeiter können mit Recht nicht begreifen, daß die deutsche Wirtschaft gerettet werden soll dadurch, daß auf der einen Seite Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen erfolgen, auf der andern Seite aber trotz Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit mit Hilfe des Sonderarbeitsamts für die Papiererzeugungs-Industrie die tägliche Arbeitszeit auf 10 und 12 Stunden verlängert wird.

Dieses Scharfrichterkollegium zur Befestigung des Achtstundentages hat einen neuen Vorsitzenden erhalten, und zwar einen Gewerkschaftspräsidenten. Die Unkosten sind dadurch für die Tätigkeit dieses Scharfrichterkollegiums zwar etwas geringer, die Schiedssprüche aber desto unüberholbarer geworden. An einigen Beispielen wollen wir dieses illustrieren. Soweit die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes es erfordern und die betrieblichen Verhältnisse es ermöglichen, kann nach dem Schiedsspruch vom 5. März d. J. wenn keine Einigung im Betriebsrat erzielt wurde, das Scharfrichterkollegium für die Papiererzeugungs-Industrie die wöchentliche Arbeitszeit der Tagelöhnerarbeiter bis zu 60 Stunden verlängern und an Stelle des 3-Schichten-Systems das 2-Schichten-System einführen. Die Festsetzung des Bedürfnisses zur Einführung der verlängerten Arbeitszeit und die Berücksichtigung der betrieblichen Verhältnisse erfordert demnach eine genaue Prüfung der einzelnen Arbeitszeitverlängerungs-Anträge der Unternehmer. Diese Prüfung kann sich zwar beim Einzelunternehmer nur auf den von ihm betriebenen Betrieb erstrecken, muß aber unserer Auffassung nach bei Konzernbetrieben sich auch auf die wirtschaftliche Lage des gesamten Konzerns erstrecken. Ob das Sonderarbeitsamt die Prüfung nach diesen Gesichtspunkten immer hat waken lassen, überlassen wir dem Urteil der Papierarbeiter und den Lesern des "Proletariats". Festsetzen wollen wir nur folgendes: Zum Waldhof-Konzern gehören die Betriebe Zellstoff-Fabrik Waldhof, Papierfabrik Pappas, sowie die Papier- und Zellstoff-Fabrik Albst und Regal. Dazwischen ist der Konzern an einem Teil anderer Betriebe der Papiererzeugungs-Industrie noch stark beteiligt, so z. B. auch an der Papierfabrik Dillweissenstein.

Am 7. August d. J. erschien vor dem Scharfrichterkollegium die Direktion des Waldhof-Konzerns und verlangte für die Zellstoff-Fabrik Waldhof-Mannheim sowie für die Papierfabrik Pappas in Waldhof-Mannheim die Einführung des Achtstundentages und des 2-Schichten-Systems. Desgleichen für die Papierfabrik Dillweissenstein die Einführung des 2-Schichten-Systems. Zudem alle drei Betriebe zum Waldhof-Konzern gehören und der Waldhof-Konzern sich selbst in einem Schritt, erreicht als das leistungsfähigste Unternehmen nicht nur Deutschlands bezogen, sondern auch noch darauf hinweist, daß er in bezug auf seine Leistungsfähigkeit und technischen Betriebsbedingungen selbst mit jedem ausländischen Konzernunternehmer in Wettbewerb treten könne, sollte das Sonderarbeitsamt folgende von Wirtschaftswissenschaftlern

1. Der Antrag der Papierfabrik Dillweissenstein auf Einführung des Zwei-Schichten-Systems wird abgelehnt.
2. Die Einführung des Zwei-Schichten-Systems für die Zellstoff-Fabrik Waldhof wird abgelehnt. Die regelmäßige Arbeitszeit der Tagelöhnerarbeiter beträgt 54 Stunden und kann im Bedarfsfalle von der Firma auf 60 Stunden ausgedehnt werden.

3. Für die Pappas-A.-G. wird in den durchgehenden Betriebsabteilungen das Zwei-Schichten-System genehmigt. Die regelmäßige Arbeitszeit der Tagelöhnerarbeiter beträgt 54 Stunden und kann im Bedarfsfalle von der Firma auf 60 Stunden ausgedehnt werden.

Um diese Weisheitsprüche und die daraus sich ergebenden sozialen Heidenfaten des Scharfrichterkollegiums richtig zu würdigen, muß man sich folgendes vor Augen halten: Die Betriebe gehören zum technisch am besten eingerichteten und leistungsfähigsten Konzern der Welt. Die Papierfabrik Dillweissenstein, die in bezug auf technische Ausgestaltung an ihren

Der Beitrag

gute in Arbeit stehende Verbandskollege, die gute Verbandskollegin, sie beide zahlen jede Woche, ohne dem Beitragskassierer eine lange Strafpredigt zu halten, ihren

Beitrag

weil sie wissen, daß darauf die Schlagkraft und die Leistungsfähigkeit des Verbandes beruht und daß die pünktliche Beitragsleistung in ihrem eigenen Interesse gelegen

ist

denn nunmehr sind sie gesichert gegen alle Eventualitäten, wie Streik, Maßregelung, Arbeitslosigkeit, Umzug, Sterbefall usw. Wer stets seine Verbands-pflicht erfüllt hat, braucht nicht

zu

fürchten, in solchen Fällen auf sich allein gestellt zu sein, er hat vielmehr die Organisation hinter sich. Dieses Bewußtsein kann gar nicht

hoch

genug veranschlagt werden, denn es verleiht dem Mitgliede das Gefühl des Geborgenseins, besonders wenn die Unterstützung als Gegenleistung für hohe Beiträge entsprechend hoch ist.

Schwesterbetrieb, die Pappas-A.-G. in Mannheim-Waldhof, noch nicht heranreicht, erhält ihren Antrag auf Einführung des Zwei-Schichten-Systems glatt abgelehnt, während für die Pappas mit ihrer hochmodernen technischen Einrichtung das Zwei-Schichten-System und die 60stündige Arbeitswoche für Tagelöhnerarbeiter genehmigt wird. Noch unlogischer erweist sich die Auswirkung dieser Sprüche, wenn man in Betracht zieht, daß die Zellstoff-Fabrik Waldhof und die Pappas-Mannheim-Waldhof unmittelbar aneinandergrenzen und der Raie die Trennung der beiden Fabrikgrundstücke fast überhaupt nicht festzustellen vermag. Hinzu kommt, daß die Arbeitnehmer der beiden zum Waldhof-Konzern gehörigen Betriebe fast die gleichen Wegstrecken zu laufen haben und in vielen Fällen aus den gleichen um Mannheim herumliegenden Ortschaften gemeinsam zur Arbeitsstelle kommen. Daß dabei ein großer Teil der Arbeitnehmer tägliche Anmarschwege bis zu 2 1/2 Stunden zurückzulegen hat, so daß mit dem Anmarschwege ein Verlust von wirklicher Freizeit von insgesamt fünf Stunden sich ergibt, sei ausdrücklich hervorgehoben. Während nun der Zellstoff-Fabrik Waldhof das 2-Schichten-System abgelehnt wurde, wurde es der Pappas-Waldhof genehmigt. Abgelehnt von der sozialen Rückständigkeit des Sonderarbeitsamts, die in diesen Schiedssprüchen klar zum Ausdruck gebracht wird, ist die Wirkung derselben besonders auf die Arbeiterschaft der Pappas eine geradezu katastrophale. Trotzdem die Arbeiterschaft der Pappas in einer gut besuchten Betriebsversammlung darauf hingewiesen wurde, daß dank der Arbeitszeitverordnung unseres christlichen Reichsarbeitsministers die Schiedssprüche des Sonderarbeitsamts bindend sind, wurde die Einhaltung des Schiedsspruches von der Arbeiterschaft so lebhaft wiederholt wurde in der Versammlung zum Ausdruck gebracht, die Arbeitszeitverlängerung des Sonderarbeitsamts wöckten die täglichen An- und Abmarschwege nach der Pappas selbst leisten und dann noch in diesem technisch hochmodernen Betriebe mit seinen schnelllaufenden Maschinen weitere zwölf Stunden intensiver tätig sein. Dann würden diese Herrschaften recht bald einsehen, daß die Erfüllung derartiger Schiedssprüche eine Zerrüttung des Familienlebens der davon betroffenen Arbeitnehmer bedentet, gleichfalls würde den Beisitzern des Sonderarbeitsamts und vor allen Dingen dessen Vorsitzenden recht schnell zum Bewußtsein kommen, daß solche Schiedssprüche eine Kulturschmach darstellen, die von keinem anderen Lande der Welt überströfen werden kann. Dem Sonderarbeitsamt und seinem Vorsitzenden ist es nämlich nicht zu verdanken, wenn der Streik über diesen Schiedsspruch in der Pappas-Waldhof noch nicht zur Betriebsstillegung geführt hat. Zur Zeit ist die Firma noch verhandelt, die Arbeitszeit entsprechend dem Spruche zur Ausführung zu bringen, da die Eisenbahndirektion dem Wunsche der Firma auf Jagoverlegung noch nicht stattgegeben hat. Hoffentlich kehrt die Eisenbahndirektion die Verlegung der Jag ab. Dadurch würde sie wirklich mehr soziales Verständnis beweisen als die Klemm und Konstaner samt dem Scharfrichterkollegium der Papiererzeugungs-Industrie. Kommt es in Mannheim-Waldhof zu weiteren Wirtschaftskämpfen, so fragen die Schuld jene Herren des Sonderarbeitsamts, die diesen hahnensüchtigen Schiedsspruch gefällt haben.

Nicht viel schlimmer sind die vom Sonderarbeitsamt am 26. 8. d. J. zu Charlottenburg gefällten Schiedssprüche für die Schiedsrichter Zellhose und Papierfabrik A. G. Cannertsdorf.

Während für den Betrieb in Jannowitz die Einführung des 2-Schichten-Systems eine Ablehnung erfuhr, wurde für den technisch besser dastehenden und wirtschaftlich rentabler arbeitenden Schwesterbetrieb in Komniz die Einführung des 2-Schichten-Systems und die täglich zehnstündige Arbeitszeit genehmigt. Auch diese Sprüche erwecken unter der Arbeiterschaft das Gefühl, das weniger die vernunftmäßige wirtschaftliche Prüfung der Verhältnisse dieser A.-G. bei der Spruchfällung ausschlaggebend war als vielmehr die gefühlsmäßige Einstellung der Herren Beisitzer des Sonderarbeitsamts und dessen unparteiischen Vorsitzenden.

Diese und ähnlich lautende Schiedssprüche sind nur möglich, wenn den Angaben der Arbeitgebervertreter vor dem Sonderarbeitsamt möglichst uneingeschränkt Glauben geschenkt wird und die Angaben der Arbeitnehmer, wenn auch nicht gerade mißtraulich betrachtet, so doch ungenügend gewürdigt werden. Das beweist mindestens der Arbeitszeitverlängerungsantrag der Papierfabrik Bienenfurt auf Einführung des 2-Schichten-Systems vom 8. August d. J. Von Arbeitnehmerseite wurde damals der Firma entgegengehalten, daß durch technische Erneuerung im Betriebe, durch bessere Ausnutzung der Maschinen und besonders der neuen Papiermaschine eine rationellere Ausnutzung des Betriebes und damit eine Steigerung der Produktion auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit und ohne Einführung des 2-Schichten-Systems möglich und erreichbar sei. Seiner Spruchfällung nach schenkte das Sonderarbeitsamt den Ausführungen der Arbeitnehmer anscheinend weniger Glauben als den vorgetragenen Behauptungen der Direktion. Und doch scheinen die Arbeitnehmervertreter Recht gehabt zu haben. Seit dieser Tarifamtsstiftung ist ein Schwarm von Sachverständigen in Bienenfurt eingezogen. Die vorher nicht laufenwolkende Papiermaschine erzeugt heute die gewünschten Papiersorten, und auch die übrigen technischen Schwierigkeiten sind bereits zum Teil behoben. Sogar der technische Leiter des Betriebes, Herr Direktor Römer, ist in Urlaub gegangen, um den bisherigen Sanftfall nicht weiter mit ansehen zu müssen. Das Rätsel der Produktionssteigerung ist auf technische Weise gelöst, die Bienenfurter Papierarbeiter aber können trotz alledem dank des Schiedsspruches unseres hochwohlweisen Scharfrichterkollegiums täglich 12 Stunden schnuffen.

Wir schließen uns dem Wunsche unserer Bienenfurter Kollegen an, daß endlich auch einmal im Sonderarbeitsamt für die Papiererzeugungs-Industrie durch Sachverständige Ordnung geschaffen würde, da auch dessen Schiedssprüche weder technisch noch geistig auf der Höhe stehen. G. Schäfer.

Industrie der Strias und Erden.

Aus dem Jahresbericht der Ziegeleiberggenossenschaft für das Jahr 1923.

Die Zahl der Betriebe ist von 8977 des Vorjahres auf 7821 zurückgegangen. Der Rückgang ist vornehmlich auf die Lösung der in den abgetretenen Gebietsteilen liegenden Betriebe zurückzuführen.

Die Betriebsrevisionen umfassen im Berichtsjahre leider nur die Zeitspanne von etwas mehr als drei Monate. Einmal wurden die Betriebe ziemlich spät in Gang gesetzt, zum anderen aber recht frühzeitig geschlossen. Demgemäß wurden die Revisionen Ende April aufgenommen und im August bereits wieder eingestellt. Hinzu kam die verheerende Wirkung der Inflation, die infolge der hohen Kosten ausgedehnte Reisen nicht zuließ. Die Zahl der revidierten Betriebe sank dadurch auf 613 gegenüber 1448 im Vorjahre. Der Bericht sagt, daß dem Wunsche, die Oblente der Betriebsräte zu Revisionen hinzuzuziehen, regelmäßig entsprochen wurde. Auffallen muß dabei, daß erst auf Wunsch die Betriebsräte herangezogen wurden. Eigentlich müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, bei allen Revisionen die Betriebsräte hinzuzuziehen. Wird dem entsprochen, dann dürfen auch die Klagen über das völlige Versagen der Betriebsräte verschwinden. Wenn der Bericht darüber klagt, daß die Ziegeleiarbeiter der Unfallverhütung zu wenig Interesse entgegenbringen, so ist dies ungenau zu bedauern, und möchten wir von dieser Stelle aus alle Ziegler dringend ersuchen, die beklagte Interessenlosigkeit abzuschleifen. Wo Leben und Gesundheit auf dem Spiele steht, da liegt jeder Verantwortung heißen und Interesse für die Erhaltung von Leben und Gesundheit zeigen.

Jedoch sollten auch die Aufsichtsbeamten den Ziegler mehr Verständnis entgegenbringen, dann würden die Klagen sich wesentlich vermindern. Es ist nicht Gefühl- oder Gewissenlosigkeit, die den Ziegler anhaftet, sondern das drückende Empfinden: es ist doch alles vergebens, welches ihr Interesse an der Verhütung von Unfallgefahren stark beeinträchtigt. Der Bericht gibt ja die beste Anschauungslehre, wie schwer es ist, bei den Unternehmern mit der Abstellung von Mißständen durchzukommen. Heißt es doch im Bericht:

Die Erledigungsanzeigen gingen zum meist pünktlich ein, doch wird von sämtlichen technischen Aufsichtsbeamten lebhaft darüber Klage geführt, daß trotzdem bei Nachrevisionen festgestellt werden mußte, daß seitens der Unternehmer nur teilweise, häufig überhaupt keine Abhilfe geschaffen worden war.

Hier finden wir die Ursache der bedauerlichen Interessenlosigkeit des Ziegler, die eigentlich gar nicht vorhanden, sondern wo das Interesse nur erstirbt worden ist. Wenn die Aufsichtsbeamten schon so lebhaft Klage führen, daß die Unternehmer ihren Beschwerden nicht stattgeben, wo ihnen doch eine gewisse exekutive Gewalt zur Seite steht, so kann man sich vorstellen, in welcher Weise die Betriebsräte behandelt werden, die auf Abstellung von Mißständen drängen. Die Klagen der Aufsichtsbeamten, daß so wenig Arbeiter die Unfallverhütungsvorschriften kennen und demgemäß bei Vorschriftenwidrigkeiten betroffen würden, sind verständlich und erklärlich, nur sollten sich die Vorwürfe nicht an die Adresse der Arbeiter, sondern an die der Unternehmer richten. Heißt es doch recht drastisch im Bericht:

Nur die allerwenigsten Arbeiter hatten die Unfallverhütungsvorschriften — soweit sie ausgehängt waren — gelesen, viele mußten gar nicht, daß solche bestehen.

Soweit die Vorschriften ausgehängt waren! Hier liegt des Übels Kern. In wieviel Betrieben hängen denn Unfallverhütungsvorschriften aus? Der Bericht sagt darüber, daß in 55 Prozent aller revidierten Betriebe die Unfallverhütungsvorschriften fehlten. Wo sie aber vorhanden waren, wo hingen sie da? In den meisten Fällen in den Meißerbüden, wo man schon die Wünschelrute zur Hand nehmen muß, um damit die Unfallverhütungsvorschriften zu suchen und zu finden. Unter solchen Umständen braucht man sich wirklich nicht über die große Unkenntnis zu wundern, und die Vorwürfe gegen die Arbeiterschaft sind völlig unangebracht. Mit größtem Nachdruck sollte man gegen jene Unternehmer einschreiten, die glauben, nicht nötig zu haben, die Verhütungsvorschriften auch nur auszupacken, geschweige denn aufzuhängen. Wie traurig es damit bestellt ist, sagt ebenfalls der Bericht ganz deutlich im folgenden:

Leider mußte bei den Betriebsrevisionen des Berichtsjahres festgestellt werden, daß nur ein Teil der Unternehmer den ihnen zur Verfügung gestellten neuen Unfallverhütungsvorschriften und Aushängen Beachtung geschenkt hatte, obgleich auch in der Fachpresse mehrfach auf den Mangel hingewiesen worden war.

In vielen Fällen lagerten die Druckmaschinen noch in ihrer ursprünglichen Verpackung in den Schreibräumen und Schränken der Unternehmer, wenn sie überhaupt noch vorhanden waren. Die Betriebsleiter hatten nur ganz selten davon Kenntnis erhalten, so daß nur in einigen Betrieben wirklich vorchriftsmäßig verfahren war.

Aberhaupt dürfte die Frage der Unfallverhütung in der Ziegel-Industrie ein Kapitel für sich sein. Die zerstreut und weit auseinanderliegenden Ziegeleien erschweren ungemein die Überwachung, die noch weiter erschwert wird durch die unregelmäßige Inbetriebsetzung und Inangahaltung der Werke. Darunter muß der Arbeiterschutz leiden, auch wenn ganz gewissenhafte und soziale Unternehmer diese Industrie beherrschen. Bei der Einstellung der Unternehmer in der Ziegel-Industrie, die zum erheblichen Teil von solchem Valast wie Gewissenhaftigkeit und sozialer Einsicht völlig frei sind, kann jedoch von Arbeiterschutz überhaupt keine Rede mehr sein. So schroff und übertrieben das klingen mag, die Tatsachen beweisen es. Nach dem vorliegenden Bericht wurden zusammen 613 Betriebe revidiert.

In 336 Betrieben = 55 Prozent fehlten die Unfallverhütungsvorschriften. In 137 Betrieben = 22 Prozent fehlte das Verbandszeug und in 414 Betrieben = 67 Prozent der kontrollierten Betriebe fehlten Schutzvorrichtungen. Nur in 92 Fällen = 15 Prozent der Betriebe waren Mängel nicht zu verzeichnen.

Insgesamt folgten auf 521 kontrollierte Betriebe 4342 Beanstandungen, so daß auf jeden Betrieb über acht Fälle kommen. Diese Tatsache zeigt, mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit ein großer Teil der Unternehmer mit Leben und Gesundheit der Arbeiter umgeht. Dieses Bild würde sich jedoch noch weiter verschlechtern, wenn die Revisionen nicht nur auf den eigentlichen Betrieb, sondern auch auf die Aufenthalts- und Unterkunftsräume ausgedehnt würden. Den Aufsichtsbearbeitern würde dann völlig klar werden, worin die beklagte Interessenlosigkeit des Zieglers mit zu suchen ist.

Die Zahl der Unfälle ist zwar gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, doch ist dieser Rückgang nicht auf eine erhöhte Sicherheit zurückzuführen, sondern auf den geringen Beschäftigungsgrad. Immerhin war auch im Berichtsjahr die Zahl der Unfälle sehr hoch und betrug 4004 gegen 6031 im Jahre 1922. Von den gemeldeten Unfällen waren 675 (im Vorjahre 931) entschädigungspflichtig und 78 (im Vorjahre 97) Todesfälle zu verzeichnen. Bei den schweren Unfällen sowie den Todesfällen gibt der Bericht vielfach die Schuld den Arbeitern, die leichtsinnig oder verbotswidrig gehandelt haben. Ohne irgend etwas beschönigen oder entschuldigend zu wollen, erscheint uns das Urteil ungerichtet. Wenn der Bericht selbst sagt, daß die Unternehmer sich überwiegend gar nicht um Unfallvorschriften kümmern und weiter berichtet wird, daß in 55 Prozent der kontrollierten Betriebe die Unfallvorschriften fehlen, dann kann man von den Arbeitern nicht verlangen, daß sie mit allem vertraut sind. Was als Leichtsinns bezeichnet wird, ist überwiegend Unkenntnis, die sich allerdings oft genug zum Schaden des Arbeiters rächt. Wundern muß man sich höchstens, daß die Zahl der Unfälle nicht größer ist, wenn in so vielen Fällen die Schutzvorrichtungen fehlen.

Der Bericht hätte an Wert gewonnen, wenn bei der Zahl und Art der Unfälle die Art der Arbeit in Betracht gezogen wäre. Bekanntlich wird in der Ziegel-Industrie überwiegend in Akkord gearbeitet und ist erfahrungsgemäß diese Arbeitsform nicht geeignet, auf die Unfallgefahren günstig einzuwirken. In der Ziegel-Industrie wurde bisher geradezu Rauschen mit der Arbeitskraft getrieben und dürfte dies dazu beigetragen haben, die Gefahren zu verkennen und die Zahl der Unfälle zu erhöhen.

Zusammengefaßt bietet der Bericht kein erfreuliches Bild. Es wird ernster Arbeit bedürfen, um auch in der Ziegel-Industrie die Gefahren der Arbeit auf ein Mindestmaß herabzubringen. Neben der Tätigkeit der Aufsichtsbearbeiter, die viel umfangreicher werden muß, sollten auch die Arbeiter alles daran setzen, um einmal Selbstschutz zu üben, aber auch rücksichtslos alle Verstöße zur Anzeige bringen. Leben und Gesundheit ist ihr köstlichstes Gut!

Eine kuriose Lohnliste.

Aus Barchfeld-Hilgen wird berichtet

Die Arbeiterschaft werden von den Unternehmern leider sehr oft umgangen, in vielen Fällen deshalb, um Kosten zu sparen für Schutzvorrichtungen oder um die Ertragsfähigkeit des Unter-

nehmens zu steigern. Der Kampf der Gewerkschaften um ausreichenden Arbeiterschutz ist aus diesen Gründen eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften geworden.

Ein Teil des Arbeiterschutzes besteht darin, daß dem Arbeiter der verdiente Lohn zugesichert und ausgehändigt wird. Neben dem Verbot des Lohnsystems sind Anordnungen getroffen, daß der Arbeiter bei der Lohnzahlung eine Übersicht über die Verrechnung erhält. Allerdings können sich gewisse Unternehmer aus gewissen Gründen nicht daran gewöhnen, den Arbeitern einen Lohnbeleg auszuhändigen, der keinen Zweifel über die Richtigkeit der verdienten Summe aufkommen läßt.

Einen Lohnbeleg ganz eigener Art hat die Firma Vereinigte Klinkerwerke Barchfeld-Hilgen eingeführt. Auf die Lohnliste ist ein 275 Millimeter langer und 10 Millimeter breiter Papierstreifen geklebt, so daß sie aussieht wie ein Papierdrachen. In horizontaler

Das

Beitragszahlen ist die notwendigste, leider für viele Arbeitskollegen auch die unangenehmste organisatorische Einrichtung. Ohne Beiträge

ist

die Organisation aber nicht imstande, die kämpfenden oder in Not geratenen Mitglieder zu unterstützen, Kämpfe mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Es ist

eine

alte Erfahrung, daß finanziell gut gestaffte Organisationen weniger Streiks zu führen haben und doch größere Erfolge zu erringen vermögen, als Organisationen ohne Kassenreserven. Deshalb sind

faule

Beitragszahler ein Nachteil für die Organisation, weil sie deren Kampffähigkeit schwächen. Wer sich vom Beitragszahlen drücken will, ist bekanntlich auch nie verlegen um eine

Ausrede

die aber nur seinen Mangel an solidarischem Empfinden verdecken soll.

Richtung stehen auf dem Schwanz Zahlen verzeichnet, wie ein Beispiel zeigt: Name, led. 91 — 55 — 95 — 51 — 2401 — 3.322 — 2.70 — 31 — 40 — 19.60. Was diese Zahlen zu bedeuten haben, weiß nur, wer die dazu gehörende Kopfschrift besitzt. Die Arbeiter kennen den Kopf nicht.

Es ist kein Wunder, daß die Arbeiter am Zahlungstage oft nicht wissen, wie nun eigentlich der verdiente Lohn sich zusammenstellt und was als Abzug zu gelten hat. Daß Irrtümer vorkommen, beweist der Umstand, daß bei der letzten Lohnzahlung zwei Arbeiter einen Abzug von je 10 Mk. hatten. Der Abzug vom Lohn wurde damit begründet, daß vor einem Vierteljahr die zwei Arbeiter diese 10 Mark jeweils erhalten haben sollen. Ob das stimmt, weiß keiner.

Die Gewerbeinspektion hätte Ursache, das Augenmerk einmal auf die im Dienstbezirk üblichen Lohnlisten zu richten, damit die Abstände abgestellt werden. Die Kollegen der Ziegeleien haben jedoch die Pflicht, den freien Fabrikarbeiterverband ausbauen zu helfen, damit die Arbeiterschutzesetze nicht umgangen werden können.

Nahrungsmittel-Industrie

Kommt es in der Zucker-Industrie zum Kampf?

In der letzten Nummer des 'Proletariers' haben wir in längeren Ausführungen zum Rahmentarifvertrag in der Rübenzucker-Industrie Stellung genommen und haben das Verhalten der Arbeitgeber gekennzeichnet. Wir haben gezeigt, wie ein Schiedspruch gegen den Willen der Arbeitnehmer beim Reichsarbeitsminister zustandekommen kann. Der Schiedspruch ist nun, wie nicht anders zu erwarten war, von den Arbeitern in der Zucker-Industrie mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch angenommen. Welche Gründe waren nun für die Arbeiterschaft bei der Ablehnung des Schiedspruches maßgebend? Der Schiedspruch sieht vor, daß während der Hauptbetriebszeit ein Zuschlag für Überstunden überhaupt nicht gezahlt wird. Dieses war von vornherein der Wunsch der Arbeitgeber. Sie wollen, wie in der Vorkriegszeit, in ihren Betrieben 12 Stunden und mehr in einer Tour arbeiten lassen, ohne hierfür einen Zuschlag zu zahlen. Die Forderung der Arbeitgeber lautet also: Es gibt in der Zucker-Industrie keinen Überstundenzuschlag mehr. Das Arbeitsministerium ist in seinem Spruch dem Willen der Arbeitgeber nachgegeben und hat entschieden, daß für die Hauptbetriebszeit ein Zuschlag nicht gezahlt zu werden braucht. Da in der stillen Zeit Überstunden überflüssig sind, so haben die Arbeitgeber ihren Willen durchgesetzt.

Der Schiedspruch besagt ferner, daß bei zwei Schichten keine 12 Stunden bezahlt zu werden brauchen, auch dann nicht, wenn die Arbeiter gezwungen sind, die vollen 12 Stunden an ihrem Arbeitsplatz zu bleiben. In den Fällen, wo die Arbeiterschaft ihre Pausen nicht regelmäßig machen kann, soll bei 12stündiger Arbeitszeit für die 11. und 12. Stunde lediglich ein Zuschlag von 10 Prozent auf den zehnstündigen Schichtlohn bezahlt werden, d. h. also, dem Arbeitgeber wird vom Arbeitsminister das Recht zugesprochen, die Zuckerarbeiter 12 Stunden zu beschäftigen und nur 11 Stunden zu bezahlen, trotzdem die Arbeitszeitverordnung eine zehnstündige Arbeitszeit als höchste Dauer vorsieht.

Wie wirken sich die Dinge praktisch aus? Es handelt sich hierbei keinesfalls immer um leichte Arbeiten oder um Posten, wo lediglich Maschinen beobachtet werden müssen. So müssen beispielsweise die Seizer beim 2-Schicht-Wechsel ununterbrochen 12 Stunden im Kesselhaus tätig sein. Sie können regelmäßige Pausen nicht machen. Man setzt sich beim Kessel hin, schluckt schnell die magere Mahlzeit herunter und muß dann das in der Pause Verfaumte nachholen. Leute zum Auswechseln sind in der Regel nicht vorhanden, regelmäßige Pausen mithin nicht möglich. So muß der Seizer tatsächlich 12 Stunden arbeiten, und er soll nach dem Spruch nur für 11 Stunden den Lohn bekommen. Ein sonderbarer Arbeits-

Die Arbeitgeber haben nun bei der Verhandlung immer behauptet, die Gewerkschaften wollten den Zuckerarbeitern den Achttundentag aufzwingen. Die Zuckerarbeiter selbst wollten gern länger arbeiten. Nun haben die Zuckerarbeiter das Wort genommen und sie haben den Schiedspruch fast einstimmig abgelehnt, d. h. also, sie sind derselben Auffassung wie die Gewerkschaftsleitung. Jetzt werden die Arbeitgeber allerdings wieder sagen, die Ablehnung sei unter dem Einfluß der Gewerkschaften geschehen. Da muß denn doch die Frage gestellt werden, was die Arbeitgeber gemacht haben. Sie haben sich im Laufe des Sommers die größte Mühe gegeben, die Arbeiterschaft in der Zucker-Industrie zu einer längeren Arbeitszeit zu zwingen. Sie haben dabei mit den größten Druckmitteln und mit dem schlimmsten Terror gearbeitet. In einer ganzen Reihe von Betrieben ist den Arbeitern klipp und klar gesagt worden, wer nicht länger arbeiten will, hat bei uns keine Beschäftigung mehr. Oder, wer während der Kampagne keine zwei Schichten arbeiten will, den können wir nicht gebrauchen. Also, entweder länger arbeiten, oder hungern, war die Parole der Arbeitgeber. Not und Elend ist gegenwärtig in unserer Arbeiterschaft groß. Arbeitslose sind in Hülle und Fülle vorhanden. Ist es da ein Wunder, daß eine Reihe Arbeiter, das Gespenst des Hungers vor Augen, sich breitschlagen ließ und länger arbeitete? Die Arbeitgeber haben also ganz wie in der Vorkriegszeit die Notlage der Arbeiterschaft bis zum äußersten ausgenutzt. Sie haben mit Entlassung, Hunger, Not und Elend gedroht, um die Arbeiterschaft gefügig zu machen, und sie schämen sich heute nicht, gegen die längere Arbeitszeit werde freiwillig geleistet.

Zunächst hatten die Arbeitgeber mit der Schaffung des Vertrages sehr viel Zeit, jetzt haben es auf einmal sehr eilig. Raum war der Schiedspruch des Arbeitsministeriums heraus, da hatten sie auch schon einen Vertragsentwurf auf Grund dieses Schiedspruches zusammengewürfelt. Aber auch das Reichsarbeitsministerium scheint es in dieser Sache recht eilig zu haben. Am 2. September war die Annahmestift für den Schiedspruch abgelaufen und am gleichen Tage erhielten wir bereits die Einladung zur Verhandlung über die Verbindlichkeitsklärung des Spruches. Die Arbeitgeber wollen also durch einen verbindlichen Spruch versuchen, den Zuckerarbeitern einen Tarifvertrag aufzuzwingen. Will das auch der Arbeitsminister? Weiß er nicht, daß wir in einem freien Deutschland und nicht in einem Sklavenstaat leben, in dem es bis heute noch jedem Arbeiter frei steht, zu Bedingungen zu arbeiten, die er für annehmbar hält. Keine Organisation kann gezwungen werden, einen Vertrag abzuschließen, den sie nicht für fragbar hält. Zunächst wollen wir noch annehmen, daß die Rechtsverbindlichkeit nicht ausgesprochen wird. Sollte es trotzdem geschehen, dann wären wir glücklich so weit, daß in Deutschland ein Mann aus dem Reichsarbeitsministerium bestimmt, zu welchen Bedingungen 75 000 Zuckerarbeiter in der nächsten Kampagne zu arbeiten haben.

Die Zuckerarbeiter mögen aus dem Besagten ersehen, wohin die Reise geht. Die Arbeitgeber glauben sich im Besitz der wirtschaftlichen Macht und sie wollen diese ausnützen, ob die Zuckerarbeiter dabei verhungern, ist ihnen gleichgültig. Das Reichsarbeitsministerium scheint ihnen hierbei willige Dienste leisten zu wollen, und so entsteht die Frage: Soll es in der kommenden Kampagne zu einem Kampf in der Zucker-Industrie kommen? Aus dem Verhalten der Arbeitgeber muß der Schluß gezogen werden, daß sie den Kampf wollen. Die Arbeiterschaft der Zucker-Industrie hat den Kampf nicht gesucht. Wird er ihr durch die Arbeitgeber aufgezwungen, dann werden sie ihn führen. Die Zuckerarbeiter müssen sich aber bemühen, daß sie bei diesem Kampfe auf sich selbst angewiesen sind. Sie stehen einem Gegner gegenüber, der skrupellos alle Mittel anwenden wird, um sie in das Vorkriegsjoch zurückzuzwingen. Will die Arbeiterschaft hiergegen ankämpfen, dann wird es höchste Zeit, daß die noch Unorganisierten sich unverzüglich ihrer Organisation anschließen, damit sie im Kampfe einen Rückhalt haben.

Zuckerarbeiterkonferenz im Gau 2.

Am Sonntag, dem 24. August, tagte in Magdeburg eine Konferenz für die Arbeiterschaft der rübenerarbeitenden Zuckerfabriken der Bezirke Magdeburg, Wismar, Halberstadt, Halle-Saalkreis und Freistaat Anhalt, einberufen von dem Gauvorsitzenden, mit der Tagesordnung: 1. Bericht über den Spruch des Arbeitsministeriums betr. Festlegung des Arbeitsvertrages; 2. Lohnfrage.

Kollege Tolki gab den Bericht über die Verhandlung und den Spruch des Arbeitsministeriums betr. Rahmentarifvertrag. Aus diesem Bericht geht hervor, daß den Herren der Zuckerindustrie der Achttundentag nicht gefällt. Deshalb ist der Rahmentarifvertrag vom Arbeitgeberverband gekündigt worden. Die Arbeitgeber verlangen die vor dem Kriege übliche Arbeitszeit, und zwar regelmäßig täglich zwölf Stunden, als Entschädigung 24 bzw. 36 Stunden hintereinander, jedoch ohne Entschädigung. Auch der Urlaub wird als Luxus betrachtet.

Jeder Kundige weiß, daß es nur schwere, anstrengende und in großer Hitze zu verrichtende Arbeit gibt, speziell während der Kampagne.

Die Verbandsvertreter lehnten Jageständnisse auf Verlängerung der Arbeitszeit ab, zumal die Arbeitslosigkeit sehr groß ist und täglich steigt.

Die Kampagne dauert in der Regel 6-12 Wochen. Es wird kontinuierlich gearbeitet. Der Betrieb kann nur voll ausgenutzt werden, wenn in Dreischicht zu je acht Stunden gearbeitet wird.

Jeder Volksort wird es begrüßen, wenn die arbeitslosen Proleten auch nur 6-12 Wochen ihre Familie selbst ernähren können und nicht auf die Gnade der Unterfütterung angewiesen sind.

Die Arbeitgeber konnten sich mit der Ablehnung durch die Verbandsvertreter nicht abfinden, sie riefen das Arbeitsministerium an. Dieses hat einen Spruch gefällt, den wir nachstehend bekanntgeben, soweit die Arbeitszeit in Frage kommt:

Die Bezahlung der Mehrarbeit über 8 Stunden hinaus regelt sich wie folgt:

a) außerhalb der Betriebszeit für die 9. Arbeitsstunde außer dem Stundenlohn kein Zuschlag; für die 10. und jede weitere Arbeitsstunde außer dem Stundenlohn ein Zuschlag von 25 Prozent;

b) in der Betriebszeit erhalten alle Arbeitnehmer für die geleistete Mehrarbeit über 8 Stunden hinaus einen Zuschlag nicht. Wenn in zwei Schichten gearbeitet wird und den hierbei beschäffigten Arbeitern Pausen von zusammen 2 Stunden nicht mit Regelmäßigkeit gewährt werden können (so daß sie ihren Arbeitsplatz zur Einnahme der Mahlzeiten also nicht verlassen können, sondern die Betriebsanlagen beobachten und wachsam

bedienen müssen), erhalten sie jedoch 10 v. H. Zuschlag auf den jehntägigen Schichtlohn.

Angefangene Stunden werden bis zu einer halben Stunde halb, über eine halbe Stunde voll bezahlt. Für regelmäßige Nacharbeit wird ein Zuschlag nicht gewährt.

Für Sonntagsarbeit von Sonntagmorgen 6 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr wird ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt.

Arbeiten an den beiden Festtagen zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten werden mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt.

Für Überstunden, für die schon ein Sonntagszuschlag bezahlt wird, wird kein weiterer Zuschlag berechnet.

Auf die weiteren Verschlechterungen gegenüber dem alten Vertrag an dieser Stelle einzugehen, erübrigt sich wohl. In der folgenden lebhaften Aussprache trafen sämtliche Redner für Ablehnung des Spruches ein. Eine Abstimmung ergab einstimmige Ablehnung. Desgleichen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die unter anderem sagt:

Die Konferenz verpflichtet die Belegschaft, die Kampagne nicht zu beginnen, bevor die tarifliche Regelung erträglich gestaltet ist. Sollte es nicht möglich sein, den Rahmenvertrag für das ganze Reich zu schaffen, so müssen bezüglich der Arbeitsbedingungen geregelt werden.

Die Belegschaften dürfen unter keinen Umständen Sonderabmachungen für den Arbeitsvertrag vereinbaren.

Die Konferenz erwartet vom Hauptvorstand, alles daran zu setzen, damit für die Arbeiterklasse der rubeverarbeitenden Zuckerfabriken menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Kollege Tolski berichtet dann über den 2. Punkt der Tagesordnung: Lohnfrage.

Auch über diesen Punkt setzte eine lebhafte Aussprache ein, worin zum Ausdruck kam, daß Löhne von 38 bis 40 Pf. pro Stunde für einen verheirateten Arbeiter viel zu niedrig seien.

Die Delegation wurde beauftragt, das Weitere in dieser Angelegenheit zu tun.

Am Schluß der Konferenz wurde vom Kollegen Tolski auf den notwendigen Ausbau der Organisation hingewiesen. T. K.

Verschiedene Industrien

Krise in der Sebnitzer Blumen-Industrie.

Die Wirtschaftskrisen in Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten deuten für die Blumenindustrie keine guten Aussichten an. Diese Industrie ist auf den Export angewiesen und hatte infolgedessen während der Inflationsperiode Hochkonjunktur. Die Ausländer kauften wahllos alle Läger auf und sind zur Zeit bis zu einem bestimmten Grade noch eingedeckt. Diese Konjunktur basierte aber nur auf Schuldensystem und Substanzschwund und mußte logischerweise zur Verarmung des Wirtschaftskörpers führen. Der Blumenarbeiter war, wenn auch unter elenden, seine Gesundheitsbedingungen, voll beschäftigt. Die Unternehmer sind eben kurzfristig genug, um nicht einzusehen, daß der Arbeiter, wenn er im Produktionsprozeß auf die Dauer arbeitsfähig bleiben soll, auch eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung erhalten muß. In Deutschland besteht zwar Geldknappheit, es geht aber nicht an, die Arbeiterklasse ihre Forderungen nach mehr Lohn zu lassen. Gegenüber der Textilindustrie kann man feststellen, daß verhältnismäßig die Sebnitzer Blumenindustrie noch nicht den schlechtesten Beschäftigungsgrad aufzuweisen hat. Zum Teil ist in den 120 Betrieben mit ihren circa 3000 Arbeitnehmern Kurzarbeit, während die Heimindustrie auf Grund der unzureichenden Entlohnung gar mit Arbeit versorgt wird. Es sind immer noch in der ganzen sächsischen Schweiz, der Lausitz und darüber hinaus circa 3000 Heimarbeitern vorhanden. Das Dasein dieser Arbeiterklasse ist zum Teil zu verstehen, denn die Mode ist ein Faktor für die Blume, welcher mit in Rechnung gestellt werden muß. Hier spielt das Substitut eines bösen Streichs, denn gerade in den Ländern, welche für uns als Absatzgebiete in Frage kommen, ist die Mode des Substitutes bedeutend mehr verbreitet als bei uns in Deutschland. Daß der Substitut keine großen Härten mit Blumenarbeitern duldet, erscheint verständlich. Die Großhändler des Auslandes sitzen also zum Teil auf großen Lagern, welche in den Monaten Januar und Februar gefüllt wurden und demzufolge setzen ihnen keine flüssigen Mittel zum Einkauf zur Verfügung. Der Absatz in Deutschland schwand immer mehr, denn die minimale Konsumkraft der großen Masse gekaufte kann das zum Leben notwendigste. In der katastrophalen Senkung der Kaufkraft sind weitere Erträge der Herren Blumenfabrikanten auch nicht möglich, die bisherige Entlohnung dient als Beweis dafür. Wenn die Löhne gehoben werden soll, muß in erster Linie die Konsumkraft der Arbeiter gesteigert werden. Der Arbeiter muß aber gekostet werden, sonst für gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitskraft. Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß einige nur 8 Stunden voll arbeiten, während überflüssigen Tag für Tag herumstrüppeln, während ihre Klassenangehörigen ohne jeden Pfennig Einkommen vor den Fabriktüren stehen. Ist also etwas mehr Solidarität und sorgt für eine reibende Organisation in den Betrieben! Letzteres ist die einzige Möglichkeit zur Verbesserung der großen Notlage der Blumenarbeiterklasse. L.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Jeßföhrung führt nicht zum Ziel.

In dieser Erkenntnis scheinen immer mehr Kommunistenführer zu kommen. Erfassung ist nur, daß dazu Jahre nötig waren und nachdem die Arbeiterklasse schweren Schaden gelitten hat. Bekanntlich hat die kommunistische Partei in den freien Gewerkschaften Zellen gebildet, die notwendigerweise von den Gewerkschaften als feindliche Fremdkörper empfunden wurden. Aber auch neue Gewerkschaften hat die Partei gebildet und gefördert, und sie geht jetzt zu ihrem Erkennen, daß sie damit zu ihren vielen Fehlern einen weiteren gemacht hat deshalb die neue Parole: Zurück in die Gewerkschaften! Diese neue Parole soll nunmehr den Unterführern eingebläut werden. Doch zeigt sich starke Ablehnung gegen die einzige Parteikommunisten. In der letzten Nummer des „Proletarier“ haben wir Banagärners Bekanntnis mitgeteilt. Heute bringen wir weitere Beweise für das falsche kommunistische Gewerkschaftstaktik.

Am 21. August 1924 legte in Hannover eine kommunistische Gewerkschaftskonferenz für den Bezirk Niederelben. Schon diese Tatsache beweist die Zerrüttung der gewerkschaftlichen Einheit durch die kommunistische Partei. Nach dem Bericht der 1. internationalen Arbeiterkonferenz in Amsterdam vom 21. August 1924 haben sich mehrere Parteimitglieder gegen die am 12. von der Partei gestellte Zusammenkunft gegen die aus den Gewerkschaften herausgetriebene Arbeiterklasse jetzt wieder hineinzuschreiben.

Am 2. Punkt der Tagesordnung. Wie haben wir unsere Gewerkschaftsfraktionen auf reifere Gräße. Es sollte unter anderem sein:

— Die erste erkennt aufzunehmende Fraktionsarbeit darf sich nicht, wie so oft früher, in organisatorischer Spielerei genügen. Bei aller Arbeit müssen wir unser politisches Gesicht zeigen. Wir sehen, daß die Gewerkschaften eine gewisse Stabilisierungsperiode durchmachen, daß wieder Mit-

glieder, Juden, Gewerkschaften, und daß die Gewerkschaften auf dem Wege sind, ihre Inflationszeit zu überwinden.

Röhnsen (Leiter): Wenn heute von uns verlangt wird, daß wir wieder in die Gewerkschaften zurück sollen, so wird das bei der Stimmung in den Betrieben sehr schwer sein. Ich glaube nicht, daß es uns möglich ist, die Genossen in die Gewerkschaften zurückzubringen, und wir werden in einem halben Jahre sehen, wo wir hingekommen sind. Ich für meinen Teil werde meine Beiträge bei den freien Gewerkschaften weiterzahlen, aber meine freie Zeit nicht den freien Gewerkschaften opfern, das mache ich nicht mit. Beiträge sollen wir für alles mögliche zahlen. Für Rote Hilfe, für die Opposition; was wird aber, wenn diejenigen, die in die Gewerkschaften zurückkehren, wieder herausbugsiert werden? Ich halte die ganze Arbeit für überflüssig.

Niedrige

Leistungen einer Organisation sind die Folge einer falschen Auffassung der Mitgliedschaft, die der Meinung ist, der Verband könnte ohne entsprechende

Beiträge

seine Unterstüßungseinrichtungen ausbauen. Das ist aber nur möglich, wenn die Mitglieder ihrer vollen Beitragspflicht genügen. Höhere Unterstüßungssätze bedingen also

hohe

Beiträge. Die Richtigkeit dieses Satzes sieht jedes Mitglied am besten dann ein, wenn es in die Lage kommt, Unterstüßung in Anspruch nehmen zu müssen. Wer einmal in dieser Lage war, der war nachher gerne bereit, für höhere

Unterstüßungssätze

an höhere Beiträge zu leisten. Wer am Verbandsbeitrag spart, der spart am falschen Platze.

Mundzek (Deinold): Ich kann nur unterstreichen, was mein Vorredner gesagt hat. Früher habe ich wohl anders gesprochen, doch ich stelle jetzt die Frage, ob wirklich noch Massen in den Gewerkschaften sind. Wo ist unsere Arbeit nachdringender, in den Gewerkschaften oder in den Betrieben? Vor kurzem wurde die Parole der Betriebszellen herausgegeben, jetzt heißt es, hinein in die Gewerkschaften! Disziplin! Es kann der Fall eintreten, wo Disziplin nicht angebracht ist, wie im Vorjahre, wo wir der 3. gegenüber Disziplin gewahrt haben, was sich nachher als verkehrt herausstellte. Ich sehe auf dem Standpunkt, daß die Genossen, die aus den Gewerkschaften herausgetreten sind, nicht wieder zurückgeführt werden brauchen.

Bauerchse (Langelsheim): Die Genossen, die den Beschlüssen der Zentrale zugestimmt haben, haben ihre Pflicht getan. Ich befürchte, daß unsere Gewerkschaftsarbeit dazu führt, daß wir schließlich mit den schwarz-rot-goldenen Gewerkschaftsbureaucraten am 21. September gemeinsam demonstrieren. Ich habe nicht gesehen, daß wir große Massen durch die Gewerkschaftsarbeit gewonnen haben. Ich bin gegen die eingeschlagene Gewerkschaftstaktik.

Karwahne (Hannover): Ich war schon immer überzeugt, daß die politische und gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben das Fundament der Politik der Partei ist. Wir haben jedoch die Amsterdamer Internationalen noch nicht genügend zerseht, um eine Einheit herzustellen. Die Einigung soll doch auf der Grundlage der Statuten der Amsterdamer erfolgen, und wer dann gegen die Statuten verstößt, steigt hinaus, und auch die Partei wird verpflichtet sein, die Statuten der Amsterdamer zu rezipieren. Es ist möglich, daß die Initiative zur Einheit auch von den Reformisten ausgegangen ist. Die deutsche Delegation auf dem Kongreß wird wohl durch ein Nachwort bewegt worden sein, den Beschlüssen zuzustimmen. Ich sehe jetzt keine Möglichkeit der Eroberung der Gewerkschaften. Es wäre schon möglich gewesen mit den bisherigen Beschlüssen, wenn die Arbeit nicht so laßig gemacht worden wäre. Wir sind eine starke Partei und haben die Amsterdamer nicht nötig.

Die Ausführungen dieser Diskussionsredner zeugen von gemauertem Einsicht, klingen aber nicht sehr hoffnungsvoll für die kommunistische Partei.

Wegs zurück in die Gewerkschaften?

Auf dem 5. internationalen kommunistischen Kongreß, der Mitte Juli 1924 in Moskau tagte, hat Sinowjew erklärt:

Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben: Wir können nicht eigene große Gewerkschaften in Deutschland bilden. Selbst wenn wir sie schaffen könnten, könnten wir mit ihnen nicht einen erfolgreichen Wirtschaftskampf führen; und wollten wir ihn dennoch führen, würden wir ihn verlieren.

Die von Sinowjew festgestellte Unfähigkeit der kommunistischen Partei, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, ist in Deutschland längst bekannt. Für die von kommunistischer Seite begangenen schweren Fehler an gewerkschaftlichem Gebiet fällt die Verantwortung der kommunistischen Partei zu. Die betrogene Arbeiterklasse sieht das allmählich ein und läßt von der kommunistischen Partei fort. Deshalb die Parole: Zurück in die Gewerkschaften!, d. h. zur alten Taktik. Die kommunistische Partei will wieder Passche organisieren und den Gewerkschaftsführern die Schuld für die Folgen aufladen. — Berufsdemagogen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hömitz. Am Freitag, dem 8. August, verunglückte beim Baden unser Mitglied Karl Schwarz tödlich. Die Mitgliedschaft wollte, wie hier üblich, ihr verstorbenes Mitglied mit Musik und Fahne zur letzten Ruhestätte geleiten. Mit dem Vater des Verstorbenen war diesbezüglich alles vereinbart. Nun trat der Kriegerverein Hömitz von 1874 an die Eltern des Verunglückten heran und erklärte, wenn der Fabrikarbeiterverband die Musik bei der Beerdigung stelle, er sich zurückziehen müsse. Unser Kollege Schwarz war Kriegsteilnehmer, und nun nicht auf die Ehrensalve verzichten zu müssen, erklärte der Vater des Verstorbenen, daß er unter diesen Umständen auf die Beteiligung des Fabrikarbeiterverbandes verzichte. Ob diese Willenserklärung im Sinne des Verstorbenen liegt, ist zu bezweifeln. Wenn er auch Mitglied des Kriegervereins war, so galt sein ganzes Denken und Trachten doch der großen Sache der Arbeiterschaft, das hat er durch emige Tätigkeit bewiesen.

Arbeiter- und Angestelltenchaft! Wir rufen euch zu, aus diesem Verhalten des Kriegervereins die einzig richtige Lehre zu ziehen: Heraus aus den angeblich unpolitischen Kriegervereinen und hinein in die freien Gewerkschaften, denn wie dieser Fall wieder zeigt, sind diese reaktionären Kriegervereine gewerkschafts- und arbeiterfeindlich!

Rundschau.

Die hohen Fleischpreise.

Die Deutsche Bauernkorrespondenz schreibt: Unter Zugrundelegung der amtlichen Angaben des Postzentralsbüros bzw. des Vieh- und Schlachthofes Berlin betrug am 20. August der Preis für 1 Pfund Fleisch in Pfennigen:

		Vieh- hof	Groß- handel	Klein- handel	Spannung in %
Rindfleisch	1913	46	65	103	123,9
	1924	40	70	120	200,0
Schweinefleisch	1913	61,7	75,8	108	75,0
	1924	69,0	87,5	140	102,9
Kalbfleisch	1913	62,2	80,6	106	70,4
	1924	62,0	90,0	130	109,7

Obwohl in Wirklichkeit die Preise für die meisten Stadtgegenden zu niedrig angegeben sind, ist die Spannung zwischen dem Preis auf dem Viehhof und im Kleinhandel größer als im Frieden, und zwar bei Rindfleisch um 40,4 Prozent, bei Schweinefleisch um 53,3 Prozent und bei Kalbfleisch um 55,3 Prozent. Demgegenüber bleibt der Erzeugerpreis und das Einkommen eines Teiles der Bevölkerung hinter dem Friedensstand zurück. Die Schuld an dieser ungeunden Preisbildung trifft keinesfalls allein das alleingesehene Fleischergewerbe, sondern einen die Waren unnötig verteuern den Zwischenhandel. In dem Vieh- und Fleischhandel hat in der Nachkriegszeit eine Überorganisation stattgefunden, gefördert durch Schleichhandel und Inflation. Zahlreiche neue Zwischenhändler haben sich eingeschoben; und trotz des geringen Verbrauchs ist eine größere Anzahl Personen am Warenmarkt beteiligt als vor dem Kriege. In Berlin hat sich die Zahl der Fleischer mehr als verdoppelt. Da jeder verdienen will, müssen die Fleischpreise naturgemäß steigen. Eine Gesundung des gegenwärtigen Preisverhältnisses kann nur nach Beseitigung der unberechtigten Zwischengewinne eintreten, und es ist wünschenswert, daß der gegenwärtige Reinigungsprozeß auch in diesem Teil des Handels das Nötige tut, damit die Inflationsgebilde wieder von der Bildfläche verschwinden.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das zweite Quartal haben eingeleitet:

- Gen. 2. Düben, Herzberg.
- Gen. 3. Schneidemühl.
- Gen. 4. Marlow, Wamin, Babel.
- Gen. 5. Königberg.
- Gen. 12. Eisenberg, Rheinzabern.
- Gen. 13. Höhr-Zrenthausen.
- Gen. 16. Siegen.

Literarisches.

Die Eroberung von Mexiko von Hernando Cortes beiteilt sich ein neuer Band der verdienstvollen Brockhaus-Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“ (Bd. 9: Nach dem Bericht des Diaz del Castillo. Bearbeitet von Dr. H. O. Bonte. Mit 23 Abb. und 2 Karten. Gebunden G.-M. 2,50).

Es ist besonders zu begrüßen, daß die Sammlung regelmäßig fortgesetzt wird, da so zu hoffen ist, daß bald wohlfeile Ausgaben aller für die Entdeckungsgeschichte wichtigen Berichte weiten Kreisen zugänglich werden. Die Sammlung legt besonders Wert darauf, nur solche Berichte zu bringen, die von den Beschreibern eine farbige und frische Darstellung geben, so daß sie für jedermann interessant und daneben unangenehm lehrreich sind. So auch wieder im vorliegenden Band. Cortes selbst hat über seine Entdeckungsjahre ausführliche Berichte nach Spanien gesandt, die sicher ansehnlich wertvolle Dokumente für die Geschichte seiner Eroberungen bieten; an Farbe und Frische seiner Darstellung aber werden sie von dem Werk eines Mannes in den Schatten gestellt, der an Cortes' Jügen und Abenteuern als einfacher Soldat teilnahm des Diaz del Castillo. In ausgezeichneter deutscher, für den Rahmen der Sammlung gekürzter und von unnütigem Feiwerk befreiter Übersetzung erleben wir so das gewaltige Drama, das sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts abspielte, als Cortes mit einem Häuflein Gefreiter gegen das mächtige, auf hoher Kulturstufe stehende Mexikoreich anrückte, seinen fagenunmöglichen Herrscher, den König Montezuma, gefangensetzte und endlich nach wechselvollem Kriegsglück seine Fahne auf den Trümmern der eroberten Hauptstadt aufpflanzen konnte. Das Werk sollte in keiner Volks- und Jugendbibliothek fehlen. Der lebensprägende Bericht wird glücklich ergänzt durch die beigegebenen zeitgenössischen Bilder, erläuternde Karten und ein buntes Umschlagbild von Erich Gruner.

Die „Arbeit“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Dr. Leipart. 1. Jahrgang, 2. Heft, 64 Seiten, Preis 1 Mk. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das heben erscheinende zweite Heft enthält folgende Aufsätze: Prof. Hugo Sinzheimer, Der Kampf um das neue Arbeitsrecht; Robert Schmidt, Die Wirtschaftskrise; Fern Meyer, Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Die Arbeiterbanken; Clemens Körpel, Der Betriebsrat; S. Aufhäuser, Das Zusammenwirken von Arbeitern und Angestellten; Albert Falkenberg, Die neue Weltanschauung; Dr. Otto Lipmann, Arbeitslosenfrage; Richard Woldt, Probleme der industriellen Betriebskontrolle; Rundschau der Arbeit: Arbeitsrecht; Die Selbstverwaltung in der Angestelltenverwaltung; Heerschan der Arbeit in den Vereinigten Staaten; Löhne und internationale Konkurrenzfähigkeit; Um die Syndikate in der Montanindustrie; Arbeitsmarkt und Arbeitslosenfrage; Bodenpolitik.